

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 22. Januar 2013

68. Jahrgang/Nr. 18 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Im Parterre

Von Wolfgang Hübner

Großprojekte, das wissen wir aus leidvoller Erfahrung, haben ihre Tücken. Sie brauchen mehr Zeit als gedacht; kosten mehr Geld als veranschlagt; und irgendwann entwickeln sie ein Eigenleben, das vor allem aus Trotz gegen jegliche Planung zu bestehen scheint.

Die Linkspartei macht diese Erfahrung gerade wieder. Eine Partei unter den Bedingungen gnadenloser Konkurrenz zu einer festen Größe in der Bundespolitik zu entwickeln, sie so weit zu etablieren, dass selbst Skeptiker sie als dazugehörig akzeptieren – das ist ein wahres Großprojekt. An ihm arbeitet die LINKE, vormals PDS, seit gut 20 Jahren. Mit tendenziell leicht wachsendem, gleichwohl wechselhaftem Erfolg. Der Ostflügel ist inzwischen leidlich saniert. Im Westflügel dagegen mehren sich nach zügigem Baufortschritt die Problemfälle. Nach Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hat die LINKE nun schon die dritte Landtagsfraktion in Folge verloren. Das Haus der Partei wird von unten gebaut, umschrieben die Genossen in den 1990er gern die Mühen des Aufbaus West. Architektonisch eine Binsenweisheit, politisch ein Hinweis darauf, dass eine Konstruktion ohne solide Basis nicht viel taugt.

Im Jahr 23 der Einheit, im Jahr sechs ihrer Existenz steckt die LINKE West immer noch im Erdgeschoss. Die Bundestagswahl bietet die Chance, tragende Wände zu stabilisieren. Die mühselige Kleinarbeit vor Ort kann sie nicht ersetzen. So lange ihre Basis nicht stark genug ist, werden Landesverbände von bundespolitischen Schwankungen abhängig sein – auch auf die Gefahr des Scheiterns.

Unten links

Ergebnis einer Demografiestudie der Uni Rostock: Es gibt immer mehr **Hundertjährige**. Mit der Analyse dieser Entwicklung tun sich die Forscher freilich schwer – Grund sei die sinkende Sterblichkeit ab dem 80. Lebensjahr. Das ist so aufschlussreich, als würde man die fallende Geburtenrate damit erklären, dass weniger Kinder zur Welt kommen. Auch der Verweis auf die besseren Behandlungsmöglichkeiten von Herzkrankheiten scheint zu kurz gegriffen. Nein, nicht der Medizin, sondern der Literatur dürfte die steigende Lebenserwartung vor allem zu danken sein. Dass mitreißende Bücher zur Nachahmung verleiten, weiß man seit Goethes »Werther«, dem es viele Leser gleichgetan haben sollen, indem sie sich das Leben nahmen. Nun erleben wir den positiven Geneffekt. Begeistert von den irrwitzigen Abenteuer des »Hundertjährigen, der aus dem Fenster stieg und verschwand«, eifern rüstige Rentner Jonas Jonassons Bestsellerhelden nach. Der Tod muss warten. mha

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Gysi wieder mit bunter Truppe

Linkspartei geht mit acht Politikern an der Spitze in die Bundestagswahl



Berlin (nd). Mit einer achtköpfigen Truppe zieht die Linkspartei ins Rennen um die niedersächsische CDU zwar mit 36 Prozent (2008: 42,5 Prozent) wieder stärkste Fraktion, muss aber ihre Koalition mit der FDP, die überraschend 9,9 Prozent (8,2) der Stimmen erreichte, beenden. In Niedersachsen regiert künftig eine Rot-grüne Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stephan Weil – mit 69 Sitzen und damit nur einem Mandat Vorsprung. Den Unterschied machten letztlich 334 Wählerinnen und Wähler aus.

Die SPD kam auf 32,6 Prozent (30,3) und die Grünen auf 13,7 Prozent (8,0). Die Linkspartei verlor vier Prozent und verpasste mit einem Ergebnis von nur 3,1 den Wiedereinzug in den Landtag. Die Piraten scheiterten mit 2,1 Prozent ebenfalls an der Fünfprozent-hürde und konnten nicht in den fünften Landtag einziehen. Viele der Stimmen für die

hatte, gemeinsam mit Sahra Wagenknecht die Spitzenkandidatur zu übernehmen. So bilden nun beide und sechs weitere Politiker das Team, das Erinnerungen an »Gysis bunte Truppe« aus dem Wahlkampf 1994 weckt. Natürlich seien alle Generalisten, dennoch komme jedem der Acht eine spezielle Rolle zu, erläuterte Gysi. Und das sind sie (von links): »für Bildung ohne Grenzen und Gebühren« – Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion im Bundestag; »für Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen« – Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher; »für

die soziale Energiewende« – Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin; »für gute Arbeit, Soziales und Rente« – Klaus Ernst; »für Demokratie und Bürgerbeteiligung« – Gregor Gysi, Fraktionschef; »gegen eine Benachteiligung des Ostens« – Dietmar Bartsch, Fraktionsvize; »für eine gerechte Lösung der Krise« – Sahra Wagenknecht, Fraktionsvize; »für soziale Sicherheit von Anfang an« – Diana Golze, kinderpolitische Sprecherin. Lauter Abgeordnete des Bundestages, die wieder Abgeordnete werden wollen. Seiten 2, 3 und 14 nd-Foto: Camay Sungu

Machtwechsel mit 334 Stimmen

In Hannover regiert künftig Rot-Grün / Rösler bleibt FDP-Vorsitzender

Unionspolitiker wollen keine weitere Leihstimmenkampagne für die FDP. NPD scheidet schlecht ab und bekommt keine Wahlkampf-kostenrückerstattung.

Berlin/Hannover (Agenturen/nd-Meyer). Philipp Rösler bleibt FDP-Chef. Neben dem Machtwechsel in Niedersachsen war das die Nachricht des Tages. Im Parteipräsidium hatte der angeschlagene Chef der Liberalen angekündigt, sein Amt dem Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle zur Verfügung zu stellen. Dieser lehnte jedoch ab. Die FDP will nun mit Rösler als Parteichef und Brüderle als Spitzenkandidat in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die Partei konnte nach dem überraschenden Erfolg bei der Landtagswahl in Niedersachsen ihre seit Wochen andauernde Führungskrise offenbar beenden. Auf einem Parteitag Anfang März will Rösler erneut für den Parteivorsitz kandidieren.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis wurde die niedersächsische CDU zwar mit 36 Prozent (2008: 42,5 Prozent) wieder stärkste Fraktion, muss aber ihre Koalition mit der FDP, die überraschend 9,9 Prozent (8,2) der Stimmen erreichte, beenden. In Niedersachsen regiert künftig eine Rot-grüne Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stephan Weil – mit 69 Sitzen und damit nur einem Mandat Vorsprung. Den Unterschied machten letztlich 334 Wählerinnen und Wähler aus. Die SPD kam auf 32,6 Prozent (30,3) und die Grünen auf 13,7 Prozent (8,0). Die Linkspartei verlor vier Prozent und verpasste mit einem Ergebnis von nur 3,1 den Wiedereinzug in den Landtag. Die Piraten scheiterten mit 2,1 Prozent ebenfalls an der Fünfprozent-hürde und konnten nicht in den fünften Landtag einziehen. Viele der Stimmen für die

FDP, die vor der Wahl um den Wiedereinzug gebangt hatte, stammten von CDU-Wählern. Unionspolitiker schlossen am Montag eine weitere Leihstimmenkampagne aus. »Die Totenglocke über der FDP sind mit dem gestrigen Abend vorbei«, sagte Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU). »Auch wenn wir erfolgreich mit den Liberalen regieren – wir werden sicher keine einzige Stimme verschenken«, sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die auch Vorsitzende des größten CSU-Bezirksverbandes Oberbayern ist. In Hessen und Bayern wird in diesem Jahr noch gewählt. Mit dem Machtwechsel in Hannover verliert Schwarz-Gelb auch die Mehrheit im Bundesrat und verfügt über nur noch 15 der 69 Stimmen in der Länderkammer. Rot-Grün kommt auf 36 Stimmen. Der Rest verteilt sich auf sogenannte »neutrale Länder«, die von einer

Großen Koalition regiert werden. Man werde die Mehrheit verantwortungsvoll nutzen. Aber: Bei Themen wie dem ungeliebten Betreuungsgeld oder dem gesetzlichen Mindestlohn könne die SPD nun die Initiative ergreifen, sagte Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier am Montag im ZDF. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht sich unterdessen durch das schlechte Abschneiden der Nazi-Partei NPD offenbar in seiner Zurückhaltung gegenüber dem NPD-Verbot bestätigt. »Der Wahlausgang in Niedersachsen zeigt: Die NPD ist eine sterbende Partei«, sagte Friedrich dem »Tagesspiegel« (Diensttagsausgabe). Das beweise, dass »unsere Demokratie gefestigt, stark und widerstandsfähig gegen Extremisten« sei. Mit nur 0,8 Prozent der Wählerstimmen steht den braunen Kameraden auch keine Wahlkampfkostenrückerstattung zu.

Wilhelm Genazino, jetzt 70, schreibt Bücher über das »kleine Glück im größeren Unglück«



Deutschland und Frankreich feiern Élysée-Jubiläum

Friedensbewegung kritisiert Militärpolitik beider Länder

Berlin (nd-Herzberg). Mit einer gemeinsamen Parlamentssitzung feiern Deutschland und Frankreich heute das 50-jährige Bestehen des Élysée-Vertrages im Reichstag in Berlin. Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der damalige französische Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer das Abkommen über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Zum zweiten Mal nach 2003 tagen Bundestag und Nationalversammlung gemeinsam. Damit soll die bestehende Partnerschaft gewürdigt und ausgebaut werden.

Frieden herrscht seit Schließung des Vertrages zwischen den beiden Ländern. Krieg führen sie dennoch, nur nicht mehr gegeneinander, sondern gemeinsam, wie die jüngste französische Intervention in Mali zeigt, die von der Bundesrepublik bereits mit zwei Transportflugzeugen der Bundeswehr unterstützt wird. Dieser Militäreinsatz sollte auch bei einem Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande am Montagabend Thema sein.

Friedensinitiativen kritisieren die Militärpolitik beider Staaten. »Die Militarisierung in Europa wird von den deutschen und französischen Regierungen massiv vorangetrieben«, sagt Reiner Braun von der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung der Anwälte gegen Atomwaffen (IALANA) im Gespräch mit »nd«. Beide Länder würden den Grundanliegen des Élysée-Vertrages zuwider handeln.

Politiker der deutschen Linkspartei und der französischen Linkfront sowie der PCF berieten bereits gestern Abend über die Vertiefung ihrer Beziehung. In einer Erklärung, die »nd« vorliegt, würdigten sie den Elysee-Vertrag für das Ziel der Aussöhnung und Wiederannäherung. Sie sehen mit dem Jubiläum den Tag gekommen, »einen Prozess zu eröffnen, um eine deutsch-französische Partnerschaft aus einer linken Perspektive zu eröffnen«. Dazu soll u.a. die Europawahl 2014 genutzt werden. Seite 5

KURZ

Erneut Suizid-Angriff in Kabul

Kabul (dpa). Bei einem Angriff in Kabul sind nach Angaben der afghanischen Regierung die fünf Mitglieder eines Selbstmordkommandos und zwei Verkehrspolizisten getötet worden. Die Taliban bekannten sich zu der Attacke auf das Hauptquartier der Verkehrspolizei.

Österreicher für Wehrpflicht

Wien (dpa). Junge Männer müssen in Österreich weiterhin zum Militär: Mit einer deutlichen Mehrheit haben sich die Österreicher bei einem Referendum für die Beibehaltung von Wehrpflicht und Zivildienst ausgesprochen. Am Sonntag stimmten laut offiziellen Angaben des Innenministeriums 59,8 Prozent für das bestehende System. Seite 6

Obama öffentlich vereidigt

Washington (AFP). US-Präsident Barack Obama ist in seine zweite Amtszeit eingeführt worden. Er leistete am Montag in einer feierlichen Zeremonie auf den Stufen des Kapitols in Washington den Amtseid. Offiziell hatte Obamas zweite Amtszeit bereits am Sonntag begonnen, als er im kleinen Kreis im Weißen Haus vereidigt worden war.

Vier-Tage-Woche in Gambia

Banjul (AFP). Gambias Präsident Yahya Jammeh führt die Vier-Tage-Woche ein: Ab dem 1. Februar gelte eine offizielle Arbeitszeit von Montag bis Donnerstag jeweils acht Stunden, hieß es in einer Erklärung des Präsidenten, die am Sonntag im staatlichen Radio verlesen wurde.